

Parlament ebnet Kraftwerk den Weg

Schadstoffe sollen begrenzt werden

Wetzlar (rm). Mit großer Mehrheit haben sich die Wetzlarer Stadtverordneten gestern Abend dafür ausgesprochen, das Grundstück im Dillfeld für das geplante Verbrennungskraftwerk zu verkaufen. Sie beauftragten den Magistrat jedoch, in den Vertrag eine Festlegung von Schadstoffgrenzwerten aufzunehmen.

Entgegen der ursprünglichen Vorlage des Magistrats haben sich alle Fraktionen darauf geeinigt, klare Aussagen zum Schadstoffausstoß der geplanten Anlage festzuschreiben. Jährlich sollen in dem Kraftwerk bis zu 300 000 Tonnen aus Restmüll gewonnener Brennstoff verfeuert werden, um für das Edelstahlwerk von Buderus Strom und Wärme zu gewinnen.

Bei dem Textentwurf, den die Stadtverordneten Gerd-Rai-

ner Michalek (Fraktionsvorsitzender der Grünen) und Werner Gerhardt (CDU) formuliert hatten, wird dem zukünftigen Kraftwerksbetreiber, der Firma EBS Ersatzbrennstoffkraftwerk Wetzlar GmbH & Co. KG, auferlegt, bei Staub, Schwermetallen, Quecksilber, Dioxine und Furane maximal zehn Prozent der gesetzlich zulässigen Mengen auszustoßen.

Die Vorgaben richten sich nach den Werten einer vergleichbaren Verbrennungsanlage in Neumünster, wo der Rat der Stadt mit dem Betreiber diese Selbstverpflichtung getroffen hat. Schon bei der Abgabe der Antragsunterlagen beim Regierungspräsidium in Gießen, die für heute geplant war, soll diese Selbstverpflichtung beinhaltet sein.

Ein ausführlicher Bericht über die gestrige Stadtverordnetenversammlung folgt.